

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst für den Frauen- und Jugendzweig monatlich 50 Pf. für den Rest des Jahres 5.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 6.—, Größtenteils tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Dr. Brüningstraße 14. U. Tel. 3-465.
Erscheinenszeiten: nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Dr. Brüningstraße 14. Tel. 1769.
Schließzeit: von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die öffentliche Zeitungszeit mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung nach Rabatt gemindert. Einzelanzeigen 30 Pf. Insetate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 160.

Dresden, Freitag den 14. Juli 1911.

22. Jahrg.

Kulturkonservatismus.

Man hat die Ausführungen des Herrn v. Hehdebrand in der Nummer der halbesche Zeitung mitgeteilt, die der Führer der konservativen Partei sich der Kultur des Lebens angepaßtes Gebäude errichten will. Jetzt hat sein Organ, die konservativ-korrespondenz, in einem Artikel mit der Überschrift „Beitrag zum Kulturkonservatismus“ sich mit diesem neu zu errichtenden modernen Gebäude befaßt. Der Verfasser behauptet zunächst:

Die Stadt, als ein Element der Beweglichkeit, ist für das Land, den Faktor der Beharrung, muß die Beharrlichkeit einbringen. Städte sind notwendig, weil sie ein Leben sind.

Dann erzählt er von den Gefahren der Großstädte. Er schreibt:

Es ist, als ob die Sozialpolitiker von heute mit Blindheit geschlagen sind, daß sie weder die Volkswirtschaft durch die Großstädte erkennen, noch die Gefahren an intellektueller, ästhetischer und sittlicher Kultur, die von den Großstädten ausgehen.

Was folgt ein Loblied auf den Nutzen des städtischen Lebens und Volksgesundheit:

Auf dem Lande sind die natürlichen Bedingungen gedeihlichen Bestehens gegeben; die Großstadt ist die Feindin der Gesundheit und Lebenskraft. Daraus erwächst für den Sozialpolitiker die natürliche Pflicht, das Reservat an Volkskraft und Gesundheit, wie es das Land darbietet, zu erhalten. Unser Sozialpolitiker hat diesen eminenten Gedanken keineswegs erfaßt, obwohl all die Maßregeln, die zum Schutz der Jugend und der Gesundheit der Städtler ergriffen werden, genügt nicht, um die Gefahren zu beseitigen. Wenn aber die einseitige Verschärfung so weiter geht, so werden auch die besten Vorkehrungen die zunehmende Verdrängung des ländlichen Lebens nicht aufhalten. Die Stadt muß sein. Aber für die Volkswirtschaft ist es kein vernünftiger Grund in einer vernünftigen Sozialpolitik.

Die Stadt scheint nicht gerade die starke Seite des Verkehrs zu sein. Er behauptet er, die Stadt hilft sich selbst, und kurz darauf spricht er von den Einbußen an Kultur, die von den Großstädten ausgeht. Wie reimt sich das damit zusammen, daß die „Stadt“ selbst hilft? Wäre das der Fall, dann müßte doch die „Stadt“ umhin zu sein, die Ursachen dieser Einbuße zu beseitigen.

Nicht zu bestreiten ist es allerdings, daß unsere Großstädte schwere Gefahren für die Volksgesundheit mit sich bringen. Aber sie sind nun einmal da als ein Produkt unserer gegenwärtigen wirtschaftlichen Entwicklung. Auch der verbotene Handel wird nicht zu behaupten wagen, daß man die Großstädte heute beseitigen könnte. Man kann also, wenn man es will, die Stadt, nur zu dem Schluss kommen, daß gerade die die Großstädte Sozialpolitik notwendig ist.

Die Konservativen haben nie etwas getan, das geeignet gewesen wäre, einer Degeneration der städtischen Bevölkerung entgegenzuwirken. Wie hat man etwas davon gehört, daß sie in irgendwelchen Landtag oder sonst irgendwo ihren Einfluß für die Abwendung von Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnverhältnisse in den Großstädten eingesetzt haben. Und doch ist gerade in Folge der schlechten Wohnverhältnisse die gesundheitliche Verdrängung so unendlich unter dem Wandel an Licht und Luft. In den kleinen überfüllten Häusern der Vorstädte, in die kaum ein Sonnenstrahl dringt, in den engen Gassen und den Straßen unserer Arbeiterquartiere kann kein gesundes Geschlecht heranwachsen.

Die Konservativen halten an einem Wahlrecht für die Gemeinden fest, das den besitzenden Klassen einen überwiegenden Einfluß auf die Gemeindeverwaltung gibt und bedroht, daß durchgreifende Maßnahmen gegen das Böse am Volk seine notwendigen Nahrungsmittel zu bekommen. Hierdurch werden Millionen außerhande gesetzt, sich um die ihnen genügen zu ernähren. Das bedeutet aber auch eine schwere Schädigung der Volksgesundheit. Die volkshemmende Politik der Agrarkonservativen ist nicht zum wenigsten mit Schuld daran, wenn unsere Großstädte zu einem Grad für Kulturkonservativen nichts wissen wollen. Wenn man den konservativen Herren ihre Sünden gegen das deutsche Volk vorhält, dann sind sie ja freis. „mit Blindheit geschlagen“.

Letztens sorgen die Herren Agrarier mit allen Kräften dafür, daß die große Masse der Landbevölkerung auch nicht an die Kultur teilhaben kann. Man denke nur an die Landbesitzer, die ja oft bedeutend unter den Schweinefleischpreisen stehen, oder an die Haltung der Konservativen bei der Landarbeit nach der Geburt eines Kindes eine ganzwillkürliche Schenkung wird, nur damit die Herren Agrarier die billigeren Arbeitskräfte der Frauen und Mädchen nicht zu lange einbezogen müssen.

Das ganze Gebilde vom Kulturkonservatismus kommt ja nur darauf hinaus, daß der Verfasser erklärt, er sei mit dem, was heute schon für das Land, d. h. für die Agrarier, geschieht, zufrieden. Sein frommer Wunsch ist, daß die Herren Agrarier auf Kosten der städtischen Bevölkerung noch mehr be-

Das neue Gebäude, das Herr v. Hehdebrand für den Konservatismus wünscht, soll offenbar in einer Reihe von Forderungen nach einer noch stärkeren Belastung des deutschen Volkes zugunsten der herrschenden Junkerkaste bestehen.

Mit Kultur hat das alles natürlich absolut nichts zu tun. Kulturkonservatismus ist eben — Unsinn. Kultur und Konservatismus sind zwei Dinge, die sich ebensowenig vertragen wie Feuer und Wasser.

Wie bekämpft man die Sozialdemokratie?

Zwischen den bürgerlichen Zeitungen liberaler und konservativer Oberbank, zwischen Hamabüchler und Schartmadern geht es wieder einmal lustig her. Man unterhält sich über die beliebte Streitfrage, wie man die Sozialdemokratie am besten bekämpft.

Diese Frage und der Streit um sie sind so alt wie die Sozialdemokratie selbst. Die einen sagen, die Sozialdemokratie bekämpft man am besten, wenn man ihr in allem, was sie behauptet, unrecht gibt, alle ihre Forderungen ablehnt, gegen alle ihre Anträge stimmt und sich überall zu einem festgeschlossenen Ordnungsbünd gegen sie vereinigt. Die andern dagegen versichern, durch eine solche Politik des Festhaltens am Fortkommen, gleichgültig, ob es gut oder schlecht sei, durch starke Reaktion und einseitige Förderung wirtschaftlicher Sonderinteressen schäde man der Sozialdemokratie nicht, sondern man fördere sie nur. Um die Sozialdemokratie wirksam bekämpfen zu können, müsse man erst dem Krautunkraut zuleibe gehen. In diesem Sinne schreibt auch die Nationalzeitung, das Berliner Organ der nationalliberalen Partei:

Will das deutsche Bürgerium eine dauernde Wiederkehr der Sozialdemokratie, so wird es im bevorstehenden Wahlkampf in erster Linie die in der liberal-konservativ-politischen Mehrheit verkörperte und deutsche Reaktion zu bekämpfen haben, die allein den Nährboden bildet für die wieder zur Macht anwachsende Sozialdemokratie.

Ueber diesen Artikel der Nationalzeitung fällt nun die gesamte konservativere Presse wie wohnsam her. So hat die Kreuzzeitung die Bewegtheit, ihre nationalliberale Begleiterin zu verfluchen:

Im Kampfe der Jungliberalen gegen die Konservativen vereinigen sich Mangel an Wahrheitsliebe, Haß und Unverständnis zu einem anmutigen Ganzen. Allerdings sind ja diese drei Eigenschaften meist zusammen. Aber man wird unter den übrigen politischen Parteien und Gruppen weit über Deutschland hinaus wohl schwerlich eine so grobe Konsequenz und Unverfrorenheit in der Betätigung dieser Eigenschaften finden wie bei den Jungliberalen und natürlich auch bei den heutigen Fortschrittler.

Bisher genoh nur die Sozialdemokratie den Vorzug, von der Kreuzzeitung in solchen Tönen behandelt zu werden, und man könnte beinahe etwas wie Neid empfinden, daß den Liberalen die unerbittliche Ehre einer derartigen konservativen Beschimpfung zuteil geworden ist. Da wagt man es noch, auf liberaler Seite von sozialdemokratischem „Sauberdenton“ zu reden! Die Kreuzzeitung sagt ja übrigens auch ausdrücklich, daß es unter den übrigen Parteien keine so schlechten Kerle gibt wie die Liberalen, das ist schon beinahe ein indirektes Wohlwollungszeugnis für die Sozialdemokratie. Führt das konservative Leiborgan in diesem Ton weiter fort, so wird wohl mancher konservative Mann bei einer liberal-sozialdemokratischen Stichwahl die offizielle Enthaltungsparole nicht befolgen, sondern glatt für den Sozialdemokraten stimmen.

Ueberflüssig zu sagen, daß sich die Sozialdemokratie für solche unerbetene Hilfe bestens bedankt. Aber schließlich — wenn die Deutschen durchaus wollen — die Wahl ist geheim und frei; niemand kann den Drang ihres Verzens ärgeln!

Ueber dasselbe Thema, das der Berliner Presse Anlaß zu so lustigen Kapitalereien liefert, hat sich Herr Rieber, der Vorsitzende des Hansabundes, in einer Versammlung, die ausführlich ausgeprochen. Herr Rieber hat den politischen Einfall gehabt, in die Höhle des Löwen, nach Dortmund, zu gehen und dort in einer großen Versammlung die abtrünnigen Schwerindustriellen anzusprechen. Herr Rieber enthüllte das öffentliche Geheimnis, daß das Abweichen der Süddeutschen und Niederländer in das Lager des Bundes von Dortmund schon lange beabsichtigt war. Es miedert sich die Situation von 1879, man tauscht Eisenprobleme gegen Brotmehrgewinne ein, und das soll bei diesem Handelsgeschäft der Ausbeuter der Welt sein. Der Hauptgegenstand der Erörterungen bildete aber auch in Dortmund, man möchte beinahe sagen selbstverständlicher Weise, das Verhältnis der Bürgerlichen zur Sozialdemokratie, und auch Herr Rieber verlor dabei die liberale Fassung, daß ohne die Niederwerfung der Agrarernagoge eine wirksame Bekämpfung der Sozialdemokratie nicht möglich sei. Sehr zureichend und anschaulich schilderte er wieder, wie das Bürgerium bei jeder Sammlungspolitik unter konservativer Führung um den Stiegspreis betrogen werden müßte, wie die konservativen Sammler nur dazu diene, dem Bürgerium den Fuß noch fester auf den Nacken zu legen.

Die Sozialdemokratie muß bei diesen Diskussionen, deren Objekt sie bildet, die Rolle des interessierten Zu-

schauers übernehmen. Sie weiß selber nicht, wie man sie am besten bekämpft, denn nach den Erfahrungen, die sie am eigenen Leibe gemacht hat, muß sie schließen, daß beide Teile gleich recht und unrecht haben. Ob die Sache am konservativen oder am liberalen Ende angefaßt wird, das Endergebnis bleibt doch immer, daß sie weiter wächst und gedeiht. Sie hat darum auch keine Furcht vor der liberalen Methode der Sozialistenvernichtung, so wenig wie vor der konservativen, und wenn die Liberalen glauben, zunächst die Junker bekämpfen zu müssen, um es später mit der Sozialdemokratie aufnehmen zu können, so wird ihnen unsere Partei bei der Ausführung des ersten Teils ihres Programms behilflich sein. Das weitere wird sie der Zukunft und den Liberalen überlassen, die durch ihre nie ausbleibenden Umsälle nach rechts zur Förderung der Sozialdemokratie mindestens ebensoviele beitragen wie die „agrardemagogische Reaktion“ selber!

Marokko.

Aus Paris wird uns unterm 12. Juli geschrieben:

Am 11. d. M. hat das politische Barometer zwar immer noch auf „Veränderlich“, aber eine leichte Wolkung gegen „Schön“ herrscht, daß die Herren Kapitalisten und ihre Beamten, die Verhandlungen der Verständigung etwas näher gekommen sind. Die gesellschaftlichen Klippen sind noch lange nicht alle umschifft. Der ersten Unterredung zwischen Herrn Ribot-Bücher und Herrn Jules Cambon werden viele andere folgen,“ schreibt gestern der hauptsächlich unterrichtete Temps, dessen Artikel diesmal von der Wichtigkeit und dem Wert inspiriert sind, die nötig erscheinen, um die Geschäfte der hinter diesem Blatt stehenden Finanzgruppen nicht zu kompromittieren. Verhältniß schreibt er zum Schluß dieses Artikels, daß man „ohne Mühe die in Betracht kommenden Fortschritte vorbereiten wird, indem man die beiderseitigen Helfer vergleicht“. Haben und drüben gibt es jedoch Elemente, die ihre persönlichen Interessen so schamlos in den Vordergrund stellen, daß die Verhandlungen dadurch gefährdet werden können. Ein mit der Finanz in so guter Verbindung stehendes Blatt, wie der Pariser Matin selbst, warnt heute morgen vor ihnen. „Wir haben letzte Woche betont“, schreibt er, „daß deutsche Finanzleute nach Paris geeilt kamen, um ihre Ansicht kundzugeben und das Terrain zu sondieren. Wir sehen jetzt auf französischer Seite Persönlichkeiten, die individuell an den zur Verprechung stehenden Geschäften interessiert sind, im Ministerium des Auswärtigen eilen, wo sie einen Empfang erhalten, der in gewissen Milieus als unangenehm empfunden wird.“

Um so bezeichnender ist es, daß die französische Kammer mit fast allen gegen die sozialistischen Stimmen die Besprechung der von Jaurès und anderen eingebrachten Internationales über Marokko gefordert hat. Herr de Selves, der neue Minister des Auswärtigen, hat zum erstenmal auf die Tribüne. Seine Erklärung, in der er um die Vertagung der Interpellationen bat, war kurz. Ihr Schlußsatz könnte beruhigend wirken, wenn man nicht wüßte, daß neben den Ministern auch die Finanzleute regieren. Die Sorge, mit jener Macht, mit der Frankreich behandelt, Beziehungen eines guten Einverständnisses und hoher Loyalität aufrecht zu erhalten, würde die Regierung leiten, sagte der Minister. Diesen Worten auf beiden Seiten der Bogen legt die Taten folgen zu lassen, wird die Hauptsache sein.

Einwohler bei das internationale Proletariat noch allen Grund, wachsam zu bleiben: seine energischen Proteste gegen jeden Krieg sind gehört worden.

Zur Lage.

Die Verhandlungen in Berlin, Paris und Madrid sind gestern fortgesetzt worden. Man sieht ihnen größte Bedeutung bei und, trotzdem über den Inhalt der neuen Unterredung zwischen Ribot und Cambon ein strenges Stillschweigen beobachtet wird, hält sich der Pariser Matin für ermächtigt, mitzuteilen, daß die Verhandlungen günstig verlaufen seien und weitergeführt würden.

Von deutsch-österreich Seite wird nunmehr mitgeteilt, daß der Panthe von Teneriffa aus die Heimreise antritt. In seine Stelle wird der derzeitige Statthalter von Deutsch-Südwestafrika, S. W. S. Ober, für den der Agadir legenden Kreuzer Berlin den Post und den Telegraphendienst übernehmen und die Berlin gettweise ablösen, falls diese zum Kohlenentnehmen vorübergehend einen anderen Hafen aufsuchen sollte.

Während so von einer Übereinstimmung zwischen Frankreich und Deutschland nicht viel zu merken ist, und auch die französische Presse — wohl auf Veranlassung von oben — sehr zurückhaltend ist, fällt doch der Ton auf, den diese Presse gegen Spanien anschlägt. Sie fordert Spanien auf, es nicht zu einem solchen Versuch kommen zu lassen; Frankreich sei gegenwärtig am härtesten Ende seines Gebild angelangt.

Keine Nachrichten.

Casas, 13. Juli. (Weldung der Agence Oubas.) Ein Diener des französischen Konsuls ist heute vormittag vor der Türe des Konsulats verhaftet und gewaltsam in das spanische Lager geführt worden. Der Konsul vermochte nicht, seine Freilassung zu erlangen. 100 spanische Reiter sind letzte Nacht hier eingetroffen. Weitere Truppen werden erwartet.

Madrid, 13. Juli. General Morinier ist an Bord des Kreuzers Jordin nach Casablanca abgereist.

San Sebastian, 13. Juli. Der Minister des Auswärtigen erklärte, die spanische Regierung verfolge mit dem gebührenden Interesse die Verhandlungen zwischen Herrn v. Ribot-Bücher und